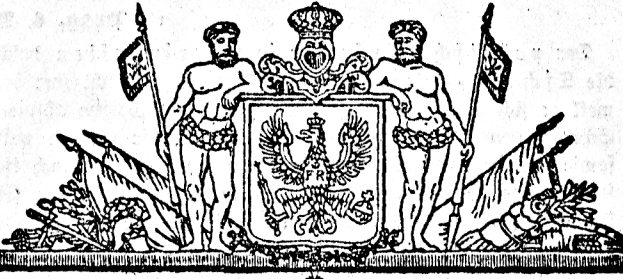


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (u. Ausw. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 111. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Botschafter Mayer Reichsfinanzler-Kandidat. Oberschlesien und die Entente.

Besprechungen mit den Parteien.

Wie wir erfahren, ist der Berliner Botschafter in Paris, Dr. Mayer-Kaufmann, heute vormittag vom Reichspräsidenten empfangen worden. Der Reichspräsident hat den Botschafter ersucht, die Bildung des neuen Reichskabinetts zu übernehmen. Dr. Mayer hat sich Bedenkzeit vorbehalten und erklärt, daß er um 4 Uhr nachmittags dem Reichspräsidenten mitteilen werde, ob er die Kabinettsbildung übernehmen könne. Während der Mittagsstunden hatte Botschafter Dr. Mayer Besprechungen mit den Führern der Parteien, um sich über die Auffassung und die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zu dem Ultimatum der Alliierten zu unterrichten.

Die wichtigste Voraussetzung für die Annahme des Auftrages durch Dr. Mayer ist, daß er im Reichstage eine Mehrheit findet, die seine Auffassung darüber, was die deutsche Regierung gegenüber dem Ultimatum der Alliierten tun müsse, teilt. Dr. Mayer hat sich infolgedessen unmittelbar nach seinem Besuche beim Reichspräsidenten zunächst mit der Fraktion in Verbindung gesetzt, der er selbst angehört, nämlich der Bayerischen Volkspartei, darauf mit Zentrumsführer Dr. Crimborn, mit dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresmann und mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller.

Die Fraktionen haben während des Vormittags über die Stellungnahme zum Ultimatum beraten, waren aber um die Mittagszeit — trotzdem die Sitzungen schon um 9 Uhr vormittags begonnen hatten — noch zu keiner Beschlußfassung gelangt. Entscheidungen der Fraktionen lagen also zu dem Zeitpunkt, da Dr. Mayer mit den Parteiführern verhandelte, noch nicht vor. Dr. Mayer konnte zunächst nur über die Eindrücke unterrichtet werden, die man aus dem bisherigen Verlauf der Fraktionsberatungen gewonnen hatte.

Diese Eindrücke decken sich mit den Mitteilungen, die in der heutigen Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung“ über das Ergebnis der gestrigen Fraktionsberatungen veröffentlicht worden sind. Man kann sagen, daß im allgemeinen bei den Koalitionsparteien die Auffassung überwiegt, die finanziellen Bedingungen des Ultimatus seien diskussionsfähig, und wenn sie auch eine unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft darstellen, doch unter Umständen anzunehmen, um eine Befreiung des Ruhrgebietes zu vermeiden. Der springende Punkt bei den Beratungen war anscheinend: Wie durch die Unterschrift unter das Ultimatum diese Befreiung verhindert?

Den breitesten Raum in den Erörterungen innerhalb der Fraktionen scheinen die Bedingungen politischer Natur eingenommen zu haben, insbesondere die der Entwaffnung und der Aenderung des Friedensvertrages in dem Sinne, daß die Befreiung der Rheinlande ausgebeht werden soll bis zur Bezahlung der letzten Annuität. Selbst wenn die finanziellen Bedingungen um der Befreiung des Ruhrgebietes willen angenommen werden würden, wären die politischen Forderungen unerfüllbar, insbesondere jene, die die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr bis zum 31. Mai fordert.

Bei den Regierungsparteien herrschte, wie man hört, Uebereinstimmung darüber, daß diese Entwaffnung innerhalb dieser kurzen Frist technisch unmöglich sei und daß ohnehin der Reichsregierung keine Zwangsmittel zur Verfügung ständen, um die

bayerische Regierung bzw. die bayerische Bevölkerung zu zwingen. Es könnte also, so wurde schon bei den Fraktionsberatungen argumentiert, der Fall eintreten, daß Deutschland eine ungeheure finanzielle Belastung auf sich nimmt, in die Einschließung einer Garantiekommision einwilligt, eine Reihe anderer schwerer Verpflichtungen unterschreibt und dadurch trotzdem die Befreiung des Ruhrgebietes nicht vermeiden kann wegen der Nichtentwaffnung der bayerischen Einwohnerwehr.

Bei den Fraktionen überwog die Anschauung, daß die französische Regierung eine Befreiung des Ruhrgebietes à tout prix wünsche, weil sie mit dem Londoner Ultimatum nicht zufrieden sei. Die zwei Milliarden Annuitäten genügen ihr nicht, weil das französische Budget ein nahezu vierfach so hohes Defizit aufweise; die französische Regierung scheine sich aus einer Befreiung des Ruhrgebietes weit größere Vorteile zu versprechen. Ihre Sachverständigen hätten angeblich errechnet, daß im Falle der Befreiung bei einer Auflage von 20 Goldmark auf die Sonne Kohlen sich jährlich etwa fünf Milliarden Goldmark erzielen ließen. Nun sei allerdings in London die Kohlenabgabe gestrichen worden, und die Ruhrbefreiung würde sich zunächst auch für Frankreich lediglich als politische Repressalie darstellen. Die französische Regierung scheine aber zu hoffen, nach erfolgter Befreiung von der englischen Regierung das Zugeständnis zu der Kohlenabgabe zu erhalten.

Ob diese Auffassung richtig ist oder nicht sei dahingestellt. Daß sie bei den Regierungsparteien vorherrschend war und daß sie auf ihre Stellungnahme einen entscheidenden Einfluß ausüben wird, damit nicht gerechnet werden darf. Daß sich die Regierungsparteien für eine glatte Annahme des Ultimatus entscheiden werden, scheint ausgeschlossen zu sein, so lange nicht Zusicherungen vorliegen, die Gewißheit darüber herrscht, daß nicht einzelne Punkte des Ultimatus — trotz Erfüllung der anderen Forderungen — zum Vordruck genommen werden, um die Ruhrbefreiung doch durchzuführen. Für die bedingungslose Unterzeichnung ist keine der Regierungsparteien und von den anderen Parteien, wie es heißt, lediglich die Sozialdemokratie.

Es sind Versuche gemacht worden, ähnlich wie in Weimar, das Zentrum für die Unterschrift zu gewinnen und die alte Koalition wieder auflieben zu lassen. Diese Versuche sind infolge der Ablehnung des Zentrums fehlgeschlagen. Als Regierungskoalition kommen nach wie vor nur Zentrum, Volkspartei und Demokraten in Frage und es ist fraglich, ob Dr. Mayer aus den Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien den Eindruck gewonnen hat, daß ihm eine Kabinettsbildung mit ihrer Unterstützung möglich sein wird.

Außer den Besprechungen mit den Parteiführern hat auch eine Konferenz zwischen Dr. Mayer und dem heute aus München eingetroffenen bayerischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Es ist klar, daß es sich dabei um die Entwaffnungsfrage gehandelt hat und daß der Versuch gemacht wird, die bayerische Regierung zu einem Aufgeben ihrer intransigenten Haltung zu bewegen. Da Dr. Mayer selbst der Bayerischen Volkspartei angehört, wäre es naheliegend, anzunehmen, daß sein Einfluß von großem Gewicht sein würde. Aber nach allgemeiner Meinung liegen die Dinge in Bayern — und nicht zum geringsten Teil durch die Schuld der Regierung Ruhr — so, daß selbst bei einem Regierungswechsel in München die Entwaffnung der Einwohnerwehr bis zum 31. Mai nicht durchzuführen wäre.

schließlich politische Ziele. Unsere Lebensnotwendigkeiten waren, bleiben und sind dieselben, wie auch immer das Schicksal Oberschlesiens sich gestaltet. Die Aufnahme der Arbeit bedeutet die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung. Wir richten deshalb an euch die dringende Aufforderung, schon jetzt überall dort, wo es ohne Gefahr für Leib und Leben möglich ist, die Arbeit aufzunehmen und dadurch die Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände zu fördern.

Die deutsche Selbstschutzbewegung bildet sich immer stärker heraus. Dies erscheint in den bedrohten Kreisen umso notwendiger, als die sich außerordentlich zuspitzende Lebensmittelfrage die Gefahr von irregulären Bandenbildungen und Plünderungen selbst außerhalb der polnischen Invasorenzone nahelegt. In Halbendorf ist heute früh der Gutsinspektor Materna von Polen erschossen worden. Daraufhin haben Deutsche in Ostlawitz den Polenführer Czaja erschossen.

(Siehe auch zweite Seite.)

Französische Patrouillen im Ruhrgebiet.

Von unzuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß heute vormittag französische Kavallerie-Patrouillen in das Ruhrgebiet vorgestoßen sind. Der Zweck des Vorgehens dieser Patrouillen ist den hiesigen Antzstellen noch unbekannt.

von

Julius Elbau.

Der Vertrauensmann der polnischen Regierung in Oberschlesien hat sich zum Diktator dieser deutschen Provinz aufgeworfen, die auf Grund des Versailler Vertrags bis zur endgültigen Entscheidung über ihre staatliche Zugehörigkeit dem Schutz und der Verantwortung einer Ententekommission anvertraut worden ist. Die Ententekommission ist heute im größten Teil des Gebietes machtlos. Ihre Truppen, die die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten sollen, haben sich zum Teil aus den Aufruhrgebieten zurückgezogen, zum Teil beschränken sie sich darauf, irgendwelche Gebäude zu bewachen und lassen im übrigen die tatsächlichen Inhaber der Macht schalten und walten. In schweren Gefechten mit den stark bewaffneten Insurgenten, die offensichtlich von jenseits der polnischen Grenze, die im Augenblick keine Grenze mehr ist, weil niemand sie bewacht, mit Mann und Roß und Wagen unterstützt werden, haben die Besatzungstruppen, insbesondere die Italiener, die sich auf das tapferste geschlagen haben, empfindliche Verluste erlitten. Da aber offenbar ein Plan für die Unterdrückung eines Aufstands, mit dem zu rechnen die Vorsicht gebot, zumal die Rüstungen Korfants ganz offensichtlich betrieben wurden, nicht vorhanden war, so blieb die Gegenwehr vereinzelt und unwirksam, und heute besteht die Tatsache, daß die bewaffnete Macht der drei europäischen Großmächte sich gegenüber den polnischen Banden in einer Lage befindet, die nichts weniger als imponant und würdig ist.

Die Doppelententekommission hat die Aufrichtigkeit befehlen, die Tatsachen beim rechten Namen zu nennen. Sie hat die alleinige Schuld der polnischen Aufrührer und ihrer Helfershelfer aus dem Nachbarreiche unzweifelhaft festgestellt und hat ihre Pflicht anerkannt, mit allen Nachmitteln den verletzten Rechtszustand wiederherzustellen und die schwere Störung des europäischen Friedens zu beseitigen. Sie hat weiterhin, als der Aufbruch wuchs, zumal die vergewaltigte deutsche Mehrheit im Vertrauen auf das Wort und die Pflicht der Entente, dem Rat ihrer Führer folgend, auf jede Gegenwehr verzichtete, Verstärkungen angefordert, und — was die einfachste Vorsicht gebot — die polnischen Mitglieder der Abtimmungs-polizei, die sich mit den Aufrührern verbrüderten, dort, wo sie noch die Macht besaß, vor allem an ihrem Amtssitz selbst, entwaffnen lassen. Die selbstverständliche Konsequenz war auch, daß die so entstandenen Lücken durch die Heranziehung zuverlässiger Elemente, die nach Lage der Dinge nur aus der deutschen Bevölkerung genommen werden konnten, ausgefüllt wurden. Darüber hinaus haben einzelne Kreisinspektoren die deutsche Bevölkerung zu Hilfe gerufen und die Bildung von Selbstschutzbewegungen nicht nur gebildet, sondern auch gefördert. Da es sich um eine Maßnahme handelt, die aus einer durch die Ohnmacht der Ententekommission verursachten Notlage entspringen ist, kann man nicht annehmen, daß die Meldung zutrifft, wonach der Aufruf zur Sammlung deutscher Freiwilliger rückgängig gemacht werden soll.

Immerhin muß auffallen, daß die Interalliierte Kommission gestern ein Communiqué verbreitete, das im Gegensatz zu allen Nachrichten und Tatsachen davon spricht, daß die Lage sich zu bessern beginne. Es scheint, daß sich diese optimistische Auffassung nicht auf die politisch-militärische Lage bezieht, sondern auf die Tatsache, daß in einer Reihe von Gruben und Sükten die Arbeit wieder aufgenommen wird. Darin ist aber offensichtlich kein Symptom für eine Wiederherstellung des Rechtszustandes zu sehen, denn diese Wiederkehr der Ruhe gründet sich auf die einseitige Repressierung des Korfantischen Machtbereichs durch die Ententetruppen. Nachdem die polnischen Insurgenten ihr Ziel im wesentlichen erreicht haben, können sie auf weitere Angriffe verzichten und haben auch keine Ursache mehr, die Arbeitswilligen, die überall in der Mehrheit sind und waren, an der Arbeit, wie sie es bisher getan haben, gewaltsam zu verhindern. Es heißt Selbsttäuschung treiben, wollte man in dieser Wiederaufnahme der Arbeit ein beruhigendes Symptom erblicken.

General Le Rond, der Vorsitzende der Interalliierten Kommission, ist entgegen den bisherigen Meldungen, noch nicht in Dppeln eingetroffen. Er kehrt in einem Augenblick in sein Amt zurück, in dem zertrümmert am Boden liegt, was er, mit dem Aufgebot beträchtlicher militärischer Mittel und ausgestattet mit allen Befugnissen zur Schaffung örtlicher Polizeikräfte, zu schützen und zu wahren verpflichtet war. Was geschehen ist, muß in erster Linie der Mann, dem die Waffenehre und das feierlich verpfändete Wort der Entente anvertraut war, als einen Schlag gegen sich selbst empfinden. Das Vertrauen, das er einem Korfanti geschenkt hat, war grenzenlos. Der Chef der Abtimmungskommission muß sich grenzenlos blamiert vorfinden durch den Ausgang, den seine Politik des blinden Vertrauens und des blinden Mißtrauens genommen hat. Man darf erwarten, daß er die Selbstenkenntnis wahrnimmt, durch die Tat zu beweisen, daß er von einem Korfanti getäuscht werden konnte, daß er aber den bloßen Anschein des Zusammenwirkens mit dem Wort- und Eidsbrüchigen als Beleidigung

Öffnung der deutsch-schlesischen Grenze?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Mg Breslau, 7. Mai.

In einer Unterredung mit deutschen Führern soll der derzeitige Leiter der I. A. R., der italienische General di Marini folgende Forderungen zugestanden haben: 1. Freilassung aller deutschen politischen Gefangenen. 2. Öffnung der deutschen Grenze. Für die Erlaubnis zum Einmarsch deutscher Truppen erklärte er sich nicht für zuständig. Wie weiter verläuft, soll die I. A. R. 700 deutschen Freiwilligen aus dem unbesetzten Gebiete die Einreisefreilassung erteilt haben. Nach Meldungen aus dem Industrieviertel sollen Teile der Bergarbeiter die Bergwerksdirektionen um Wiedereinstellung gebeten haben, offenbar, weil ihnen bereits das Geld ausgeht. Die Direktionen hätten geantwortet, daß sie entweder alle Arbeiter oder gar keine einstellen würden.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring erlassen in den ober-schlesischen Zeitungen einen Aufruf an die Arbeiterschaft Oberschlesiens, in dem es heißt: Laßt ab von der Selbstzerfleischung! Der Aufruf richtet sich nicht gegen den Kapitalismus, er verfolgt aus-